

DAS THEMA

Mehr als das Addieren von Zahlenkolonnen

Zum Abschluss der fast 22stündigen Debatte zum Landesdoppelhaushalt 2013/2014 ergriffen am 25. Januar im Plenum in Erfurt die Vertreter der Fraktionen noch einmal das Wort. Für die LINKE sprach Bodo Ramelow.

Der Oppositionsführer im Thüringer Landtag betonte mit Verweis auf die vor allem von der Bundesebene zu verantwortende Steuereinnahmepolitik: „Die Bürger empfinden immer deutlicher, dass Gerechtigkeit mit der CDU nicht zu verbinden ist.“

Und Bodo Ramelow weiter: „Haushaltspolitik ist mehr als das Addieren von Zahlenkolonnen.“ Um Thüringen zukunftsfähig zu machen, sei „nicht mehr und nicht weniger als eine zweite Neugründung“ des Landes notwendig. Dabei müsse man sich zuerst über den Kompass verständigen – „wie soll eine Verwaltungsreform aussehen?“ Der LINKE Politiker erhofft sich Antworten auf diese grundlegende Frage vom Gutachten, das jetzt auf den Tisch gelegt werden soll, und er wünscht sich „eine viel offensivere Debatte dazu hier im Landtag.“

An die Vertreter der CDU-Fraktion gewandt sagte er: „Hören Sie auf mit Tabukatalog-Diskussionen. Hören Sie auf, Ressentiments aufzubauen, wo es besser wäre, mal neugierig aufeinander

Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow in der Schlussrunde zum Doppel-Etat

zuzugehen.“

Dabei bedeute Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit auch Haushaltstransparenz. Schließlich gehe es um das Königsrecht des Parlaments, und es sei nicht hinnehmbar, wenn „Abgeordnete zunehmend zu Zaungästen degradiert werden“, erklärte Bodo Ramelow und verwies auf die Änderungsan-

träge der Linksfraktion. Dabei gehe es z.B. um die Zuschüsse für den Erfurter Flughafen, die das Land jetzt kombiniert mit dem Haushaltstitel für den Straßen- und Radwegbau, d.h. am Jahresende werde gerechnet, „wie der Flughafen mit den Mitteln zurecht kommt und solange werden Radwege verkürzt gebaut?!“

„Jugendarbeit ohne Kies wird mies“

...so hatte Bodo Ramelow bei der Jugendarbeit am 24. Januar vor dem Landtag in Erfurt die Forderungen des Offenen Jugendaktives Ilmenau aufgegriffen, das am Rande der Plenarberatungen zum Landeshaushalt eine Tonne Kies abgekippt hatte, um unter dem Motto „Ohne Moos und Kies ist alles mies“ gegen die Kürzungs- und Sparpolitik der Landesregierung zu protestieren.

Die Linksfraktion unterstützte die Aktion, mit der auf die prekäre finanzielle Situation der Kreise und Kommunen in Thüringen aufmerksam gemacht wurde. In seinem Redebeitrag wies Daniel Meurer aus dem Ilmkreis darauf hin, dass in erster Linie die ohnehin nur noch schwierig umzusetzenden Freiwilligen Aufgaben der Kommunen betroffen sind. Dazu zählen Zuschüsse für Sportvereine, Interessengemeinschaften und auch Jugendclubs. Meurer erwähnte dabei besonders das Schülerfreizeitzentrum in Ilmenau. Vor allem für junge Leute sei eine solche Entwicklung fatal und schlage sich auch in einer verschärften Abwanderung nieder.

Christopher Brucker
Foto: Peter Lahn



Die politische Kultur und der Umgang mit unterschiedlichen Meinungen

Eine sehr bemerkenswerte Rede hat Mike Huster, der Finanzpolitiker der Linksfraktion, in der Aussprache zum Haushaltsplan im Landtag am 24. Januar gehalten. Dabei ging es um die Situation in der Landesregierung und insbesondere in der CDU-Fraktion, was zu heftigen Ausbrüchen vor allem beim Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring führte.

Der Abgeordnete der LINKEN erinnerte an die Ausführungen der Ministerpräsidentin beim Landkreistag zu Zukunftsfragen des Freistaats Thüringen: das Abschmelzen des Solidarpakts II, die demografischen Herausforderungen, ein neuer Länderfinanzausgleich ab 2019, die abgesenkte EU-Förderung schon in der Periode 2014 bis 2020. Bis zum Jahr 2030 werden von den 1,1 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Thüringen ca. 400.000 auscheiden infolge Ruhestand.

Dann sagte Mike Huster, dennoch werde man „sozusagen im politischen Raum dann aber mit Auffassungen konfrontiert, die vereinfacht lauten: Bei uns ist alles in Ordnung. Wir haben alles Nötige schon getan. Gebt uns die Kohle, alles andere interessiert uns nicht.“

Mit dieser Einstellung, so betonte er, „werden wir die Zukunftsaufgaben nicht meistern können“. Der Abgeordnete, der auch Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses ist, verwies auf Begriffe, die in der mündlichen Anhörung des Ausschusses zum neuen kommunalen Finanzausgleich mit Blick auf die notwendi-

gen Reformen gefallen sind: „Taschenspieler, Hütchenspieler, Auftragsgutachten, wenn ich das Geld hätte, könnte ich es selber bezahlen.“

Folgende Passage aus dem Plenarprotokoll sei an dieser Stelle komplett wiedergegeben:

Mike Huster:

„Dann gab es in den letzten Tagen wiederholt, also zunächst einmal in Wünschendorf in der Veranstaltung fiel das Wort: dann gibt es noch diesen, ich zitiere, ‚Beutesachsen aus Hessen, der jetzt in Thüringen Finanzminister ist‘. Das hatte ich nicht verstanden, was damit gemeint ist, habe darüber nachgedacht, bin nach Hause gefahren, habe die Zeitung aufgemacht, da war von einem Neujahrsempfang in Weida die Rede, da stand das aber als Zitat von einer anderen Veranstaltung: ‚Der Beutesachse aus Hessen, der jetzt in Thüringen Finanzminister ist‘. Da dachte ich, es kann sich um keinen Zufall handeln.“

Meine Damen und Herren, wir wissen was gemeint ist, wir wissen wer gemeint ist, und Herr Mohring, an dieser Stelle will ich Sie ganz konkret ansprechen. Offenbar haben Sie ein internes Kommunikationsproblem innerhalb Ihrer Strukturen, innerhalb der CDU, und ich bin weit davon entfernt, mich darüber zu freuen. Ich freue mich aber erst recht nicht darüber, wenn das Parlament dazu benutzt wird, diese Konflikte dem Parlament zumindest teilweise in die Schuhe zu schieben.

Ich meine, dass Sie über hinreichend vernünftige Leute verfügen, das so klarzustellen, dass wir so bei den bevorstehenden Aufgaben

(Zwischenruf Abg. Mike Mohring, CDU: Was habe ich mit diesen Zitaten zu tun?)

Also, das Zitat stammt von der Präsidentin des Landkreistages, die Ihrer Partei angehört, Herr Mohring, und ich habe gemeint

(Mike Mohring, CDU: Bin ich ihr Parteivorsitzender oder was?)

(Bodo Ramelow: ...seien Sie doch ruhig.)

Ich meine, Herr Mohring, und davon bekommen Sie mich auch nicht weg, dass Sie als Fraktionsvorsitzender eine Mitverantwortung haben, in welcher politischen Kultur wir miteinander auch unterschiedliche Meinungen austragen.

Ich finde...

(Mike Mohring, CDU: Frau Präsidentin, wo kommen wir denn da hin?)

Ich verstehe, ehrlich gesagt, Ihr Problem nicht wirklich. Sie können doch sagen, Sie sind nicht meiner Auffassung, Sie fühlen sich nicht zuständig.

Noch mal: Ich meine, Sie haben intern ein Problem, das den Aufgaben des Landes nicht angemessen ist. Ich fordere von Ihnen als Politiker der Opposition und als Mitglied der Fraktion DIE LINKE, dass Sie sich als Fraktionsvorsitzender auch ein Stück weit für diesen Konflikt interessieren und gegebenenfalls moderierend wirken, dass wir nicht in der Art Konflikte öffentlich austragen müssen, an denen teilweise das Parlament nach

meiner Auffassung Schaden nimmt.

Wir haben in den letzten Tagen sehr stark über die Anforderungen der Zukunft gesprochen, und da sind wir beim Thema Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform. Auch da gibt es, Herr Mohring, aus Ihrer Fraktion ein Zitat, das mich verunsichert hat, wenn ich das mal sagen darf. Ihr innenpolitischer Sprecher, Herr Fiedler, ist zitiert worden nach der Klausur in Volkenroda mit der Aussage: ‚Gutachten sind Gutachten, Politik ist Politik‘

(...) Es gibt eine gewisse Mentalität, die sich da verstärkt, und bestimmte Bilder, die da bedient werden – ich glaube, so können wir die Zukunftsaufgaben nicht bewältigen.“

Viel zu oft werde in diesem Land Politik gemacht, die da heiße: „Wir sind die Basis, wir sind die Praktiker, die da oben in Erfurt in ihrem Elfenbeinturm, diese Wessis, die das alles besser wissen, die vom grünen Tisch aus entscheiden, die sind alle böse“. Eine gewisse Wissenschaftsfeindlichkeit ist an dieser Stelle genauso festzustellen, wie zu den Endzeiten eines Systems, dessen Untergang die meisten hier im Hause erlebt haben. Diese Strategie, die auf die Stammtische zielt, ist gefährlich und deshalb spreche ich das an. Im Übrigen ist auch das Festhalten an den Gutscheinen für Flüchtlinge mit der Begründung, dass das die Mehrheit der Meinung an den Stammtischen abbildet, Teil dieser Strategie, die wir kritisieren müssen.“